

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

08. April 2013

Afghanistan

Zivile Opfer bei NATO-Angriff

Bei einem NATO-Luftangriff in der an Pakistan grenzenden ostafghanischen Provinz Kunar sollen am 06.04.13 nach Angaben der Provinzregierung elf Kinder und eine Frau sowie acht Taliban-Kämpfer getötet worden sein. Nach Angaben der NATO habe es hingegen nur Verletzte gegeben. Am selben Tag kamen bei einem Bombenanschlag der Taliban in Qalat, Hauptstadt der südafghanischen Provinz Zabul, fünf Amerikaner (drei Soldaten und zwei Diplomaten) sowie ein afghanischer Arzt ums Leben, vier Afghanen und vier Mitarbeiter des US-Außenministeriums seien verwundet worden. Bei einem weiteren Anschlag im Osten Afghanistans wurde ein amerikanischer Zivilist getötet. In der Provinz Wardak, südöstlich von Kabul, fuhr am Morgen des 08.04.13 ein Bus auf eine Straßenbombe. Dabei wurden mindestens neun Zivilisten getötet und 22 verletzt.

Pakistan

Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz: Siebzehn Tote, Verletzte und mehrere Entführte

Am 07.04.13 kam es im Rahmen einer Offensive der Sicherheitskräfte gegen Verstecke der islamistischen Terrororganisation Lashkar-i-Islam im entlegenen Gebiet Akka Khel im Tirah-Tal (Unterdistrikt Bara, Khyber-Agentur, FATA) zu Kämpfen zwischen Sicherheitskräften, einer Miliz namens Tawheedul Islam auf der einen Seite und Angehörigen der Lashkar-i-Islam auf der anderen. Die Offensive soll noch fortgeführt werden. Bisher wurden zehn Angehörige der Terrororganisation getötet und vier Sicherheitskräfte verletzt.

Am 02.04.13 griffen Bewaffnete eine Stromverteilungsanlage in Peshawar im Gebiet Shaikh Mohammadi an. Sie töteten sieben Menschen und entführten vier. Es gab auch Verwundete. Ferner sprengten sie Teile der Anlage und zerstörten Fahrzeuge. Es kam zu Stromausfällen in der Provinzhauptstadt und im südlich angrenzenden Distrikt.

Provinz Sindh: Vier tote und drei verletzte Ranger bei Bombenanschlag

Am 03.04.13 explodierte eine Bombe vor den Büroräumen der Sindh Rangers in Korangi, einem Teil von Karachis Stadtteil Landhi. Der Anschlag wird in Zusammenhang mit der vom Obersten Gerichtshof angeordneten Aktion zur Wiederherstellung der Sicherheit in Karachi gebracht, an der die Ranger aktiv beteiligt sind.

Christ nach über sieben Jahren im Gefängnis vom Vorwurf der Blasphemie freigesprochen

Am 03.04.13 hat ein Berufungsgericht in Lahore (Punjab) ein Todesurteil gegen einen Christen namens Younis Masih wegen angeblicher Verunglimpfung des Propheten Mohammed aufgehoben. Younis Masih war von einem Imam angezeigt worden, wobei der wahre Grund ein Streit zwischen beiden war. Die Falschbeschuldigung im September 2005 war auch Anlass für die Brandschatzung der Unterkünfte von rund 100 christlichen Familien in der Nachbarschaft von Masih, die die Gegend fluchtartig verlassen mussten. Younis Masih verbleibt laut seinen Anwälten solange freiwillig im Gefängnis, bis ein sicherer Ort für ihn in Pakistan gefunden worden ist.

Einige Wochen zuvor war ein anderer Christ, ebenfalls im Punjab, von dem Vorwurf der Blasphemie freigesprochen worden.

Letztes Jahr hatte der Oberste Gerichtshof eine Anklage gegen ein christliches Mädchen namens Rimsha Masih – der Name Masih ist unter Christen in Pakistan weit verbreitet – wegen Schändung des Korans abgewiesen, da ein Imam die Beweisstücke und Aussagen manipuliert hatte. Dieser war daraufhin festgenommen und ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eröffnet worden.

Irak

Allgemeine Lage

Die Gewalt hält an. So wurden am 05.04.13 bei Anschlägen in Baquba (Provinz Diyala) und Hilla (Provinz Babil) mindestens sieben Menschen getötet.

Am 06.04.13 wurden bei einem Attentat auf eine Wahlveranstaltung in Baquba (Provinz Diyala) mindestens 22 Menschen getötet; einer anderen Quelle zufolge gab es 29 Todesopfer, rund 60 Personen wurden verletzt. Am 20.04.13 sollen in zwölf von 18 Provinzen Wahlen stattfinden. Dies sind die ersten Wahlen seit dem Abzug der US-Truppen im Dezember 2011. Seit Jahresbeginn wurden elf Kandidaten, alles Sunniten, getötet.

Am 07.04.13 wurden bei Autobombenanschlägen in Mosul (Provinz Ninive) vier Menschen getötet und sieben verletzt.

Zeitungsredaktionen in Bagdad gestürmt

Am 01.04.13 haben bewaffnete Männer vier Zeitungsredaktionen in Bagdad gestürmt und mehrere Journalisten verletzt. Alle Redaktionen sollen kritisch über den schiitischen Geistlichen Sarkhi berichtet haben.

Syrien

Anhaltende Kämpfe/Luftangriffe in Aleppo

Der Bürgerkrieg hält an. Bei Angriffen der Luftwaffe am 06.04.13 auf Wohnhäuser in Aleppo sollen nach Angaben der syrischen Opposition mindestens 15 Menschen, darunter neun Kinder, getötet worden sein. Am 06. und 07.04.13 schlugen in Damaskus und Aleppo Raketen und Mörsergranaten ein. Landesweit sollen am Wochenende ca. 200 Personen ums Leben gekommen sein. Auch Journalisten werden verstärkt Opfer von Angriffen. Am 05.04.13 wurden vier italienische Journalisten von Rebellen verschleppt, die al-Qaida nahe stehen sollen. Eine Woche vorher war der deutsche Journalist Armbruster in Aleppo angeschossen worden.

Al-Qaida-Chef fordert islamischen Staat

Der Chef des Terrornetzwerks al-Qaida, Aiman al-Sawahiri, der nach dem Tod von Osama bin Laden im Mai 2011 dessen Nachfolge antrat, forderte die Aufständischen am 07.04.13 in einer auf islamistischen Websites verbreiteten Botschaft dazu auf, einen islamischen Staat in Syrien zu schaffen.

Syrischer Präsident warnt vor Destabilisierung der Region

Der syrische Präsident Assad warnte in einem Interview des türkischen Fernsehens, das seine Regierung am 06.04.2013 ins Internet stellte, vor einer Destabilisierung der Region auf Jahrzehnte, sollten die Rebellen den Bürgerkrieg gewinnen.

Syrien „Schwerpunkt“ für deutsche Islamisten

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Maaßen, sagte am 06.04.13, Islamisten aus Deutschland reisten zunehmend nach Syrien, um dort auf Seiten radikaler Kräfte zu kämpfen. Die Sicherheitsbehörden gehen davon aus, dass momentan „zwei bis drei Dutzend“ Islamisten aus Deutschland nach Syrien eingereist sind, ein Teil über Ägypten. 500 bis 700 islamistische Kämpfer aus Europa sollen sich in Syrien aufhalten, etwa 10 % der 5.000 bis 6.000 ausländischen – meist radikalislamisch orientierten – Kämpfer. Die meisten stammen aus den arabischen Nachbarländern, z.B. Irak, Libyen oder Tunesien.

Libanon

Salam mit Regierungsbildung beauftragt

Der libanesischer Präsident Michel Suleiman beauftragte am 06.04.13 den sunnitischen Oppositionellen Tammam Salam mit der Bildung einer neuen Regierung, nachdem Najib Mikati vor zwei Wochen als Ministerpräsident zurückgetreten war. Er hatte sich nicht mit der Hizbollah auf die Ernennung einer Wahlaufsichtsbehörde für die Wahl am 09.06.13 und über eine Verlängerung der Amtszeit von Geheimdienstchef Rifi einigen können. Der Konsenskandidat Salam steht der bisherigen Opposition nahe, die anti-syrisch eingestellt ist, wird aber vom Westen, Saudi-Arabien, der Hizbollah, Drusenführer Jumblatt und der Oppositionsmehrheit unterstützt. Er will sich „dafür einsetzen, die politischen Gräben im Libanon zuzuschütten“ und die Gefahren durch den syrischen Bürgerkrieg aus dem Libanon fernzuhalten. Er gilt als Gegner des syrischen Regimes, hat den syrischen Präsidenten aber bislang nicht angegriffen.

Palästinensische Autonomiegebiete

Proteste im Westjordanland und Gaza-Streifen

Am 02.04.13 verstarb in einem israelischen Gefängnis Abu Hamdijeh an Krebs. Das Fatah-Mitglied, früherer Generalmajor der Palästinenserpolizei, war 2002 wegen Terrorismus zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Sein Tod löste Proteste aus, bei denen am Abend des 03.04.13 zwei 17-jährige Palästinenser in der Nähe von Tulkarem (Westjordanland) von israelischen Soldaten erschossen wurden. Sie sollen deren Militärposten angegriffen haben. Am Rande der Beisetzung von Hamdijeh im Westjordanland mit mehreren Tausend Personen kam es am 04.04.13 erneut zu Unruhen.

Am 02. und 03.04.13 feuerten militante Palästinenser aus dem Gaza-Streifen mehrmals Raketen und Granaten auf Israel. Daraufhin bombardierte Israel in der Nacht zum 03.04.13 Ziele im Gaza-Streifen. Nach unbestätigten Informationen soll die dort herrschende Hamas mehrere Mitglieder einer Salafistengruppe festgenommen haben, die sich zu den Angriffen auf Israel bekannt hatten.

UNO setzt Nahrungsmittelverteilung im Gaza-Streifen vorläufig aus

Am 04.04.13 stürmten Dutzende Demonstranten ein Büro der UNRWA und forderten, die monatlichen Zahlungen für arme Familien wieder einzuführen, welche am 01.04.13 aus finanziellen Gründen gestrichen worden waren. Aufgrund der Verschlechterung der Sicherheitslage setzte die UNO am Abend des 04.04.13 die Verteilung der Nahrungsmittel im Gaza-Streifen bis auf Weiteres aus. Ca. 800.000 Palästinenser, zwei Drittel der Bevölkerung, sind auf die Nahrungsmittelspenden der UNRWA angewiesen.

Türkei

Parlament verabschiedet Asylgesetz

Am 04.04.13 verabschiedete das Parlament in Ankara ein eigenes türkisches Asylgesetz. Danach erhalten Flüchtlinge und Asylbewerber in der Türkei erstmals einen Rechtsstatus, der über die bisher gewährte Duldung als „Gäste“ hinausgeht. Das gilt insbesondere für die vielen syrischen Flüchtlinge in der Türkei.

Die Türkei ist der Genfer Flüchtlingskonvention mit einem Regionalvorbehalt beigetreten, der auch mit dem neuen Gesetz nicht entfällt. Danach wendet sie die Konvention – mit vollem Schutz – nur auf europäische Asylsuchende an. Im Hinblick auf Nichteuropäer sieht sich die Türkei völkerrechtlich nur durch das Prinzip des Non-Refoulements gebunden, das die zwangsweise Ausweisung und Zurückweisung einer Person in einen Staat verbietet, in dem sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht wäre. Im Rahmen der EU-Beitrittspartnerschaft hatte sich die Türkei zur Aufhebung ihres Regionalvorbehalts zur Flüchtlingskonvention verpflichtet.

Das neue Gesetz stellt nun klar, dass Menschen, die aus einer Zwangslage heraus in die Türkei kommen und nicht in ihre Heimat zurückkehren können, ein vorübergehendes Bleiberecht erhalten. Dies eröffnet Flüchtlingen wie Syrern im südosttürkischen Grenzgebiet langfristig auch die Möglichkeit von Arbeitsgenehmigungen. Zudem sollen Ausländer, die bereits seit mehr als acht Jahre legal im Land leben, eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

Ägypten

Gewalt zwischen Christen und Muslimen

Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen koptischen Christen und Muslimen in der Stadt Chusus nahe Kairo wurden am 05.04.13 vier Christen und ein Muslim erschossen. Was die Gewalt auslöste, ist noch unklar. So sollen Kopten oder koptische Kinder ein Kreuz auf eine Moschee gemalt haben. Nach anderen Angaben sollen junge Muslime „auführerische Symbole“ auf ein islamisches Institut und eine Moschee gemalt haben. Darauf sei zwischen Christen und Muslimen in der Nähe Streit ausgebrochen. Einer weiteren Version zufolge soll ein Streit zwischen einer christlichen und einer muslimischen Familie eskaliert sein. Nach der Trauerfeier für die vier getöteten Christen in der St.-Markus-Kathedrale in Kairo kam es am 07.04.13 zu einem neuen Gewaltausbruch zwischen Teilnehmern der Trauerfeier und Muslimen. Es gab viele Verletzte, eine Person kam zu Tode. Staatspräsident Mursi ordnete eine Untersuchung an.

Gewalt bei Demonstration gegen Präsident Mursi

In Kairo wurden am 06.04.13 mehrere Personen verletzt, als es bei Protesten gegen Präsident Mursi zu Gewalttaten kam. Die Polizei ging mit Tränengas gegen Demonstranten vor, die versuchten, das Gebäude der Generalstaatsanwaltschaft und des Obersten Gerichtshofs zu stürmen. Bei den Protestierenden soll es sich zum großen Teil um Anhänger der Jugendbewegung 6. April gehandelt haben. Oppositionskräfte hatten zu einer viertägigen Protestaktion gegen die Regierung aufgerufen. Demonstrationen fanden auch in Alexandria, der Industriestadt Mahalla al-Kubra sowie in Sagasiq, dem Heimatbezirk von Präsident Mursi, statt.

Libyen

Berater des Premierministers entführt

Am 01.04.13 wurde Ali Ghatus, der Stabschef und Berater des Premierministers Ali Zidan, auf dem Weg von Misrata nach Tripolis von Bewaffneten entführt, die sich als Sicherheitskräfte ausgaben. Kurz vor der Entführung habe es laut dem Premierminister Todesdrohungen gegen Mitglieder der Regierung gegeben. Nach Ansicht einiger Beobachter könnte die Entführung im Zusammenhang mit der Verschiebung der Verabschiedung des sog. „Politischen Isolierungsgesetzes“ stehen. Dabei geht es um den Ausschluss früherer Mitglieder des gestürzten Gaddafi-Regimes vom öffentlichen Dienst und von Tätigkeiten in der Regierung.

Tripolis: Zwei Patienten im Krankenhaus getötet

Am 05.04.13 nachmittags stürmten Bewaffnete das Bu-Sleem-Krankenhaus in Tripolis und töteten zwei Patienten. Diese waren bei bewaffneten Auseinandersetzungen, in deren Verlauf ein junger Mann umkam, verwundet und festgenommen worden. Die Täter sollen Verwandte und Freunde des Toten sein.

Bayda: Bombe explodiert vor staatlichem Gebäude

Am 05.04.13 explodierte eine Bombe vor einem staatlichen Gebäude in al-Bayda, einer Staat östlich von Bengasi. Ein Wachmann wurde verletzt und ein anderes Gebäude beschädigt. Die Urheber sind unbekannt.

Verdächtiger aus Polizeigewahrsam befreit

Am 04.04.13 befreiten sieben Bewaffnete einen Verdächtigen während eines Transports von der Bab-Ben-Gashir-Polizeistation (Tripolis) auf dem Weg zum nahen Staatsanwaltsbüro. Der Befreite war wegen des Verdachts festgenommen worden, für verschiedene Morde an Revolutionären während der Revolution verantwortlich zu sein. Gegenwärtig ist er Anführer einer Miliz, die mutmaßlich zu den Milizen gehört, die Justizminister Salah al-Marghani einen Tag zuvor als illegal bezeichnet hatte. Am Festnahmeort in Stadtteil Bu Sleem wurde am selben Tag eine Polizeistation angegriffen, in der der Entflozene zuvor festgehalten und verhört worden war.

Serbien/Kosovo

EU-Verhandlung zur Lösung des Kosovo-Konflikts gescheitert

Auch die letzte von der EU geleitete Verhandlungsrunde zwischen Serbien und Kosovo führte zu keinem Ergebnis. In dem seit Oktober 2012 laufenden Dialog ging es um den zukünftigen Status des mehrheitlich von Serben bewohnten Nord-Kosovo. Die EU hatte Serbien den Beginn von EU-Beitrittsverhandlungen als Belohnung für einen Kompromiss in Aussicht gestellt. Es bestanden daher große Hoffnungen auf einen Erfolg der Gespräche. Schließlich hatte man sich bereits über die Bildung einer „Gemeinschaft serbischer Kommunen“, die sich selbst verwaltet, geeinigt. Nicht einigen konnte man sich dagegen über die entscheidende Frage, welche Rechte die serbische Minderheit erhält. Nach Serbiens Vorstellung sollte der Verbund in den Bereichen Justiz, Polizei und Erziehung eigene gesetzgeberische Befugnisse bekommen. Kosovo dagegen will dem geplanten Zusammenschluss serbischer Gemeinden lediglich beratende Aufgaben übertragen und eigene Sicherheitskräfte im Norden stationieren. Ein Staat im Staate, was bei einer weitreichenden Autonomie der Fall wäre, wird auch von der EU abgelehnt.

Die EU-Außenbeauftragte Ashton erklärte die Verhandlungen zwar formell für beendet. Es lägen jedoch noch „mehrere Vorschläge auf dem Tisch“, worüber beide Delegationen in ihren Ländern erst beraten müssten. Serbien will am 09.04.13 offiziell seinen Standpunkt bekanntgeben.

Somalia

Straße von Mogadischu nach Baidoa offen

Einheiten der somalischen Armee und der Afrikanischen Union gelang es am 01.04.13 nach langen Kämpfen mit der al-Shabaab, die Kontrolle über das letzte Teilstück der strategisch wichtigen Straße von Mogadischu nach Baidoa zu erlangen. Es wird erwartet, dass dies die Lieferung von Hilfsgütern für Baidoa sehr erleichtern wird.

Briten zur Ausreise aufgefordert

In seinen am 06.04.13 aktualisierten Reisehinweisen forderte das britische Außenministerium alle in Somalia lebenden britischen Staatsangehörigen auf, das Land zu verlassen. Das Außenministerium geht davon aus, dass sich Terroristen in der Endphase ihrer Planungen für Anschläge in Mogadischu befinden. Zugleich warnte London vor Reisen in alle Teile Somalias einschließlich Somaliland.

Nigeria

Prüfung einer Amnestie für Boko Haram durch Komitee des Präsidenten

Nach einem Treffen des Nationalen Sicherheitsrats am 04.04.13 wurde von Staatspräsident Jonathan ein Komitee gebildet, das in Zusammenarbeit mit dem Büro des Nationalen Sicherheitsberaters innerhalb von zwei Wochen einen Bericht zur Durchführbarkeit einer Amnestie für die islamistische Terrororganisation Boko Haram vorlegen soll. Jonathan war in den letzten Wochen wegen seiner ablehnenden Haltung zu einer Amnestie von politischen und religiösen Führern Nordnigerias – darunter der höchste muslimische Würdenträger Nigerias, der Sultan von Sokoto – kritisiert worden. Inzwischen erklärte die größte Fraktion der Boko Haram durch ihren Führer Abubakar Ibn Shekau, dass der Schura-Rat als höchstes Entscheidungsgremium der Gruppe eine Entscheidung über die Annahme einer Amnestie treffen werde.

MEND bekennt sich zu Anschlag auf Polizeiboot

Laut Polizeiangaben attackierten am 05.04.13 im Niger-Delta Bewaffnete ein Polizeiboot auf einem Wasserweg in der Nähe des Dorfes Azuzuama (Southern Ijaw Local Government Area, Bundesstaat Bayelsa). Am 07.04.13. übernahm die militante Gruppe MEND („Movement for the Emancipation of the Niger Delta“) in einer E-Mail ihres Sprechers Jomo Gbomo die Verantwortung. Beim Anschlag, der laut MEND am 06.04.13 gegen 17 Uhr erfolgt sein soll, seien in einem 40-minütigen Feuergefecht 15 Angehörige der Sicherheitskräfte und zwei des MEND erschossen worden. Die Polizei gab bisher den Tod von 12 Polizisten bekannt. Der Anschlag habe als Lektion für die Sicherheitskräfte gedient, die auf eine Drohung des MEND äußerten, jeden Aufruhr im Niger-Delta zu unterdrücken. MEND hatte zuvor, am 03.04.13, mit ständigen Angriffen unter dem Codenamen „Hurricane exodus“ ab dem 05.04.13 gedroht. Als Grund nannte MEND,

dass im Prozess gegen den in Südafrika am 26.03.13 zu 24 Jahren Haft verurteilten früheren MEND-Anführer Henry Okah ein angeblicher Drohbrief des MEND verwendet worden sein, der eine Fälschung der nigerianischen und südafrikanischen Regierung darstelle.

Anschlag in Adamawa

Am frühen Morgen des 06.04.13 griffen Bewaffnete das Dorf Mildlu (nordöstlicher Bundesstaat Adamawa, Madagali Local Government Area) an und töteten elf Personen. Im Dorf befindet sich auch das Haus des stellvertretenden Gouverneurs von Adamawa. Zwei Wachen bei dessen Haus wurden getötet. Zum Anschlag hat sich bisher niemand bekannt.

Uganda

Kopfgeld auf Rebellenführer Joseph Kony

Die Verfolgung des ugandischen Rebellenführers Joseph Kony wurde am 03.04.13 ohne Ergebnis abgebrochen, weil seine Spur in die Zentralafrikanische Republik (ZAR) geführt hatte. Kony wird vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht wegen vorsätzlicher Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Versklavung und Rekrutierung von Kindersoldaten. Die USA haben fünf Millionen Dollar Belohnung für hilfreiche Hinweise auf Kony ausgesetzt.

Zentralafrikanische Republik

Steigende Flüchtlingszahlen; instabile Lage bleibt

Nach dem Putsch in der Zentralafrikanischen Republik ist die Zahl der Flüchtlinge gestiegen. Hauptsächlich fliehen die Menschen aus der Hauptstadt Bangui, aber auch aus anderen Städten wie Bangassou, Rifai und Zemio im Südosten des Landes an der Grenze zu DR Kongo. Die meisten Flüchtlinge fliehen in den Norden der DR Kongo sowie in den Tschad und nach Kamerun. Die Lage im Land bleibt instabil.

Nordkorea

Nordkorea-Konflikt

Nach Angaben eines Sprechers des Generalstabs der nordkoreanischen Volksarmee hat das Militär offiziell grünes Licht für einen Angriff gegen die USA gegeben und damit auch für den Einsatz von Atomwaffen. Der Start einer Rakete könnte am 15.04.13 erfolgen, dem Geburtstag des Staatsgründers Kim Il Sung. Die USA nehmen die Drohung ernst und planen bereits Gegenmaßnahmen. Zuletzt hatte das Regime in Pjöngjang Pendlern aus Südkorea den Zugang zur gemeinsamen Sonderwirtschaftszone Kaesong untersagt und damit die letzte Verbindung zum Süden gekappt. Nach Angaben der südkoreanischen Nachrichtenagentur Yonhap verlegte Nordkorea bereits eine zweite Mittelstreckenrakete an die Ostküste. Sie könnten die beiden US-Verbündeten Südkorea und Japan oder die US-Militärbasis auf der Insel Guam im Westpazifik treffen. In Nordkorea gibt es nach Angaben der südkoreanischen Regierung Anzeichen für einen weiteren Atomtest. Nordkorea hat ausländische Botschaften aufgefordert, bis 10.04.13 ihr Personal abzuziehen. Bisher hat dies kein Staat getan. China warnte die nordkoreanische Führung ungewöhnlich scharf vor einer weiteren Eskalation der Spannungen. Nach Angaben von Chinas Präsident Xi Jinping dürfe es keinem Land erlaubt werden, eine Region oder gar die ganze Welt aus selbstsüchtigen Motiven ins Chaos zu stürzen.